

Rezensionen

Burchardt, Hans-Jürgen: *Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus*. Stuttgart: Schmetterling-Verlag 2004, 319 Seiten.

Wenngleich hierzulande mit der Durchsetzung der Agenda 2010 das neoliberale Projekt intensiviert und die Alternativlosigkeit uns tagtäglich von Medien und PolitikerInnen eingebläut wird, findet in einigen Bereichen eine Auseinandersetzung um „post-neoliberale Politik“ statt. Und zwar nicht nur in den globalen sozialen Bewegungen, sondern auch in den aufgeklärteren Teilen des Establishments und der kritischen Öffentlichkeit. Die Diskussion wird zunehmen, denn die Legitimationskrise des Neoliberalismus hält an und geht in manchen Regionen dieser Welt einher mit einer Funktionskrise.

Hans-Jürgen Burchardt ist motiviert durch folgende Einschätzung: „Die Gestaltung einer Politik nach dem Neoliberalismus gehört mit Sicherheit zu den Kernaufgaben des 21. Jahrhunderts.“ (9) Dafür möchte er Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des sowie mögliche Alternativen zum Neoliberalismus untersuchen – und die aktuell diskutierten Ansätze kritisch begutachten.

B. arbeitet daher zunächst die Erfahrungen historischer anti-liberaler Projekte aus: In der Sowjetunion und in Jugoslawien. Die in einer ersten Phase ökonomisch hochgradig dynamischen Gesellschaften verloren ihre Legitimität unter anderem deshalb, weil sie seit den 1960er Jahren wirtschaftlich erlahmten und den Lebensstandard der Bevölkerung nicht verbessern konnten. Sowohl die Planwirtschaft wie auch die Arbeiter-selbstverwaltung scheiterten an spezifischen Widersprüchen und büßten ihre Innovationsfähigkeit ein.

Für Lateinamerika zeigt B. auf, dass das neoliberale Projekt – trotz gewisser Erfolge in Fragen der Inflationsbekämpfung, der Konsolidierung makroökonomischer Bedingungen wie auch der Staatshaushalte – an seinen eigenen Ansprüchen gescheitert ist, nämlich eine nachhaltige Wachstumsdynamik zu entfachen. Dennoch verfügt es bei den Eliten und Teilen der Mittelklasse über eine hohe Legitimität: Deren ökonomische Position wurde nämlich verbessert. Die dominante politische Form des neoliberalen Wirtschaftsmodells ist der Neopopulismus. Die Argumente in diesem Teil sind nicht neu, aber eine solide Zusammenführung von historischen Entwicklungen, aktuellen empirischen Daten und Erklärungsmustern.

Dasselbe gilt für ein Kapitel zu Globalisierung, in dem die These der Triadisierung und Regionalisierung mit breitem empirischen Material belegt wird. Globalisierung wird von B. in seinem „ökonomischen Kern“ als politisches und ökonomisches Projekt der OECD-Staaten verstanden, um die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre zu überwinden. Global Governance ist dabei die „weiche Schale“ einen politisch-institutionellen Absicherung veränderter mikro- und makroökonomischer Strategien wie Kräfteverhältnisse. Damit werden andere Einschätzungen der jüngsten Veränderungen als oberflächlich und reale Tendenzen überinterpretierend kritisiert. Das Buch hebt sich hier und an anderen Stellen angenehm von vielen sozialwissenschaftlichen, auch kritischen, Arbeiten ab: Es nimmt die Regionen außerhalb der „OECD-Welt“ systematisch in den Blick – insbesondere Lateinamerika. Im Gegensatz zur „Entwicklungsländer-Forschung“ hält B. an einem theoretisch fundierten Gesellschafts- und Staatsbegriff fest und stellt Differenzen zum

Staat der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften heraus.

In einem dichten Kapitel zur theoretischen und politischen Diskussion um aktuelle Demokratieentwicklungen in Lateinamerika geht B. pluralistische und korporatistische Ansätze sowie die *cultural studies* durch und diskutiert die verschiedenen für die Demokratie als hemmend angesehenen Faktoren. Es gehe politisch und analytisch darum, „die Eindimensionalität von Demokratiedefinitionen wieder aufzubrechen und Demokratie in einer Mehrdimensionalität zu verstehen, die die Interdependenzen zwischen sozialem Habitus und gesellschaftlicher Position, zwischen sozialer Macht und politischer Herrschaft – ausgedrückt in politischer Kultur, Institutionalisierung und sozioökonomischen Verhältnissen – umfassender erfasst, strukturiert und verkoppelt...“ (157) Daher skizziert er anschließend die Debatte um Zivilgesellschaft, wobei er den (neo-)gramscianischen Begriff für anschlussfähig hält und dennoch an wichtigen Punkten kritisiert.

Des Weiteren setzt sich B. mit zwei Ländern auseinander, die als reale Alternative zum Neoliberalismus gelten: Kuba und Venezuela. Beide schätzt er skeptisch ein: Das Regime in Kuba wird nur überleben, wenn es neben der selektiven Öffnung eine politische Demokratisierung wagt und die Polarisierung der Gesellschaft über den (Nicht-)Zugang zum US-Dollar aufzuheben in der Lage ist. Venezuela seit dem Amtsantritt von Hugo Chavez 1999 attestiert der Autor eine Stabilisierung der Rentenökonomie, die bislang nicht viele Erfolge, sondern vielmehr verstärkte soziale Polarisierung und eine politische De-Institutionalisierung aufzuweisen habe. In beiden Ländern, so seine These, gibt es erheblichen interne Handlungsspielraum.

Neben Lateinamerika nimmt B. die internationalen Diskussionen einer nach-neo-

liberalen Agenda in den Blick, insbesondere im Umfeld der Weltbank. Die Entwicklung eines Sozialliberalismus im Rahmen des „Post-Washington-Consensus“ werden detailliert nachgezeichnet und – gemessen an den eigenen Ansprüchen – als relativ erfolglos bezeichnet. Es handelt sich „keineswegs um eine Infragestellung des Neoliberalismus, sondern vielmehr um eine Strategie, über Institutionen- und Sozialpolitik das ‘market-led development’ besser und effizienter umzusetzen.“ (239)

Die drei letzten Kapitel machen besonders neugierig bei der Lektüre des Inhaltsverzeichnisses: Hier geht es um eine emanzipatorische „Zeitenwende“, und zwar auf der Ebene der internationalen Politik. B. identifiziert vier zentrale Felder, auf denen grundlegende Veränderungen stattfinden müssen: wirtschaftliche Entwicklung, Frieden, sozialer Ausgleich und demokratische Mitbestimmung. Dabei wird das Nord-Süd-Verhältnis fokussiert. Skizziert und diskutiert werden u.a. die Schuldenfrage, die Stabilisierung der internationalen Währungen und des Geldes, eine konfliktfreie und auf Deeskalation eingestellte Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen, der Aufbau einer internationalen Sozialordnung und die Reform internationaler Organisationen. Alternative Optionen müssen an das „aufgeklärte Selbstinteresse wichtiger Akteure im Norden“ appellieren, für den lebensweltlichen Bereich praktikable Konzepte anbieten und politische Gegenmacht entwickeln. Gesellschaftskritik ist dabei „ein fester Bestandteil bei der Entwicklung von alternativen Ansätzen zur Demokratisierung des Weltsystems.“ (263) Dabei betont der Autor durch das Buch hindurch – und sieht es als Dilemma der aktuellen globalen sozialen Bewegungen –, dass Alternativen sich institutionalisieren müssen.

Zudem wird vorgeschlagen, das Machbare vor dem Horizont des Möglichen zu

betrachten, denn dies sei Grundlage für Kreativität und Innovation. Das Mögliche solle sich nicht auf Blaupausen konzentrieren, sondern Fragen von Gerechtigkeit und Verteilung sowie Demokratie konkret angehen. Zentral sei hierfür die Demokratisierung der Wirtschaft und eine nicht-kapitalistische Gewinnsteuerung, was immer auch heißt: eine Veränderung gesellschaftlicher Macht- und Eigentumsverhältnisse. Ein dezentraler Kollektivierungsprozess, der plurale Eigentumsformen erlaubt, muss gepaart werden mit einem Mechanismus, der den Einsatz von Ressourcen effektiv lenkt, wozu nur ein demokratischer Staat in der Lage sei. Dazu ist es notwendig, und hier ist der Beitrag historischer und theoriegeleiteter Analyse unverzichtbar, einen „Begriff“ der gegenwärtigen Verhältnisse zu haben, die verändert werden sollen. Prospektiv gehe es um eine „antisystemische Wirtschaftstheorie“ (286), die Elemente des gegenwärtig einzigen alternativen Angebotes, nämlich des Keynesianismus, aufnimmt und weiterentwickelt.

Das Buch liefert unter anderem makroökonomische Analysen. Das enorme Zahlenmaterial dient stets der Argumentation und verselbständigt sich nie. Methodisch handelt es sich bei dem Buch um detaillierte Deskriptionen, die mit fundierten Einschätzungen über historische, aktuelle und mögliche zukünftige Entwicklungen versehen werden. Dabei bleibt jedoch unklar, warum B. zwar in die antiliberalen Entwicklungsversuche des osteuropäischen Sozialismus einführt, diese aber nicht in ihre post-sozialistische Phase weiterverfolgt. An einigen Stellen wird auf aktuelle theoretische Diskussionen eingegangen. Obwohl in die Theorie Pierre Bourdieus eingeführt wird, spielt diese in den politisch-ökonomischen Analysen keine Rolle. Auch der kleine Exkurs zum Begriff der Zivilgesellschaft und die relativ breite Dar-

stellung des gramscianischen Begriffs leitet die empirischen Analysen kaum an (insbesondere hier wäre die Brauchbarkeit für die Analyse peripherer Gesellschaftsformationen interessant gewesen). Aus Sicht des Rezensenten wird der sog. neo-gramscianische Ansatz der Globalen Politischen Ökonomie verkürzt skizziert und in seinem Potenzial unterschätzt.

Insbesondere ist man bei der Lektüre dieses Buches über Geschichte, Zustände und Entwürfe über eine Leerstelle verwundert, nämlich das weitgehende Desinteresse des Autors für Akteure, denen die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen am ehesten zu getraut wird: emanzipativen sozialen Bewegungen. Es werden zwar historische Erfahrungen aufgearbeitet und Vorschläge entwickelt, die eher am Rand der Diskussion stehen. Gesellschaftliche Praxen, die unter den gegebenen Bedingungen ebenso und notwendig an den Rändern entstehen (und hier ist Lateinamerika derzeit ein spannendes, wenngleich nicht zu romanisierendes Laboratorium), werden jedoch weitgehend ignoriert. Dies ist in gewisser Weise konsequent, denn das Buch skizziert ex post die Strukturveränderungen und will ex ante systemische Alternativen denken. Spezifische Kräfte und Interessen werden eher am Rande behandelt.

Bei dem Buchtitel „Zeitenwende“ handelt es sich nur um Teil um eine Zeitdiagnose – vielmehr ist das Buch ein facettenreicher Beleg dafür, dass die herrschende post-neoliberale Rhetorik die *essentials* der neoliberalen Gesellschaftstransformation nicht infrage stellt. „Zeitenwende“ wird vom Autor offenbar eher als perspektivierender Begriff verwendet, der wissenschaftliche Analyse nicht aus dem Nachdenken über andere, nämlich freiere, gerechtere und sozio-ökonomisch effizientere Entwicklungspfade entlässt.

Ulrich Brand

Olaf Gerlach, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz & Andreas Nowak (Hg.), *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*. Frankfurt: Brandes & Apsel 2004, 348 S.

Seitdem Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre die „Krise der Entwicklungstheorie“ und das „Ende der Dritten Welt“ verkündet worden sind, hat es zwar immer wieder Kritik an diesen Positionen gegeben, doch kaum eine weitergehende theoretische Diskussion. Eine kritische und programmatische Bestandsaufnahme der Entwicklungstheorie, „globaltheoretisch und alternativ zum Mainstream“ (7), ist das Ziel des hier vorgelegten Sammelbandes. Ob jenseits des Mainstreams oder nicht, ein solcher Anspruch setzt im Prinzip eine umfassende Kenntnis des akkumulierten Wissens zum Thema voraus, der sicher nur schwer einzulösen ist. Von daher ist der Mut der Herausgeber umso mehr zu würdigen.

Die insgesamt 14 Beiträge des Bandes sind in vier Blöcke gegliedert. Im ersten Teil geht es um die „Kritik des Entwicklungsbegriffes“. Gerhard Hauck gibt einen Überblick über die Geschichte der Entwicklungstheorie von der Modernisierung- zur Dependenztheorie und in den 1980er Jahren wieder zurück zu modifizierten modernisierungstheoretischen Überlegungen bei Berger, Elsenhans und Menzel; weitergehende Erklärungen sieht er schließlich in Ansätzen, die verschiedene Bündel von Ursachen erfolgreicher kapitalistischer Entwicklung diskutieren. Er schließt seinen Beitrag mit einer ausführlichen Diskussion von Postmoderne und Post-Development-Ansatz und dessen Kritik des Entwicklungsgedankens als „großer Erzählung“ zur Legitimation kapitalistischer Modernisierungsstrategien. Dabei kritisiert er eine verbreitete Mystifizierung einer „vormodernen Idylle“

(46) auf Kosten von Menschenrechten und demokratischen Werten. Hauck betont unterschiedliche Facetten des Verständnisses von „Entwicklung“, liefert aber vor allem eine kritische Analyse unhinterfragter und spezifischen sozialen/ Klasseninteressen verpflichteter Zielvorstellungen gesellschaftspolitischer Strategien und damit von Konzepten des sozialen Wandels – ähnlich wie Reinhart Kößler im folgenden Beitrag.

Kößlers Artikel untersucht explizit den Begriff „Entwicklung“ und die gesellschaftlichen Zusammenhänge unterschiedlicher Entwicklungsparadigmata, verweist auf die umfassende Bedeutung des modernisierenden Entwicklungsparadigmas für die modernisierungstheoretischen wie die dependenztheoretischen Diskurse, sowie dessen Infragestellung durch die Problematik nachhaltiger Entwicklung. Er verweist vor allem aber darauf, dass soziale Evolution nicht negiert werden kann und dass Auseinandersetzungen über strategisches Handeln und Zielvorstellungen in Bezug auf gesellschaftlichen Wandel diesen – ob in intendierter oder nicht-intendierter Weise – beeinflussen. Man müsse sich auf das Spannungsverhältnis zwischen Selbstgestaltung von Entwicklung und der Abhängigkeit vom Handeln anderer einlassen – und damit auch auf die Frage nach der Wünschbarkeit und der Gestaltbarkeit von Entwicklungszielen. Birgit Mahnkopf geht kaum auf die Problematik des Entwicklungsbegriffes ein, sondern reflektiert primär die Grenzen der Umsetzbarkeit von entwicklungspolitischen Leitbildern („Entwicklung durch Handel“; Armutsreduktion durch *local ownership*) unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung. Sie fordert Entschuldungsmaßnahmen, strukturelle Reformen der internationalen Finanzinstitutionen, eine Welthandelsordnung neuen Typs zur Förderung nachhaltiger Entwicklung.

Der zweite Teil ist der „Kritik der entwicklungstheoretischen Orthodoxie“ gewidmet. Orthodoxe Ansätze haben geschlechtsspezifische Aspekte von Modernisierungsprozessen (Zdunnek) übersehen, Nationalstaaten und nationale Gesellschaften unhinterfragt als die selbstverständlichen Träger von Entwicklungsprozessen vorausgesetzt (Kumitz), die verkürzte Zweiwelten-theorie der Außenhandelstheorie zur Grundlage von Reflexionen über „Entwicklung“ als Veränderung der internationalen Arbeitsteilung genommen und dabei den Bezug zur kapitalistischen Produktion geflissentlich übersehen (Girschner) und schließlich „nachhaltige Entwicklung“ im Sinne einer ökologischen Modernisierung systematisch verkürzt und eine Abwendung von gesellschaftstheoretischen Implikation gefördert (Görg). Ausgangspunkt ist eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Thesen der feministischen Kritik der Entwicklungstheorie. Gabriele Zdunnek betont allerdings, dass sich die Frauenforschung ausgehend von der Analyse der Lebenszusammenhänge von Frauen „zu einer eher generellen Untersuchung von Ungleichheit auf Mikro-, Meso- und Makroebene in einem internationalen Kontext entwickelt“ habe (106).

Besonders interessant als Ausgangspunkt für einen weiterführenden Ansatz erscheint mir die Kritik von Daniel Kumitz an dem, was er als den „nationalgesellschaftlichen Bias der Entwicklungstheorie“ bezeichnet (gelegentlich auch als „methodological nationalism“ diskutiert). Er betont den Charakter von Nationen als sozialen Konstruktionen und damit die grundsätzliche Historizität nationaler Entwicklung – was u.a. die besondere Bedeutung des „nation-building“ als angeblichem Kernelement von Entwicklungsstrategien infrage stellt. Allerdings ist zu bedenken, dass mit der Kritik an einem naturalistischen Verständnis von „Nation“

das Problem der häufig fehlenden Korrespondenz zwischen territorialen Strukturen politischer Organisation und Strukturen der Vergesellschaftung nicht gelöst ist. Christoph Görg sieht auch in der Nachhaltigkeitsdiskussion neben einem ökologischen einen nationalen Bias (153f.). Ökologische Modernisierung werde zunehmend mit dem Argument der Stärkung nationaler Wettbewerbsfähigkeit gefordert; die ökologische Schuld des Nordens als Konsequenz des selbst verfolgten und für Entwicklungsländer propagierten Wachstumsmodells wird durch eine angeblich vorbildliche Politik erhöhter Ressourceneffizienz verdeckt. So verstehen sich Länder des Nordens wieder als umweltpolitische Vorbilder. Er betont dagegen die Notwendigkeit einer kritischen Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Nach den in den ersten beiden Teilen geleisteten Kritiken an der orthodoxen, aber auch an linken Ansätzen fragt man sich, was nun eigentlich ein Kapitel zur „Kritik der großen Entwicklungstheorien“ noch bringen kann. Martha Zapata Galindo kritisiert vor allem das Konzept der „multiple modernities“, das eine Vielfalt der Wege in die Moderne postuliert und damit die Bedeutung der „kulturellen Erbschaft“ in den Vordergrund stellt. Denkt man an die schier endlosen Diskurse in den 1960er und 70er über die Auswirkungen unterschiedlicher Typen von Agrarreformen auf die entstehenden industriellen Gesellschaften, dann wird die Kurzlebigkeit der Entwicklungstheorien deutlich. Die Behauptung, die „alten“ Modernisierungstheorien seien davon überzeugt gewesen, „dass Entwicklung allein auf endogene Faktoren zurückzuführen ist“, ist schlichtweg Unsinn. Die These von der Ausbreitung von Modernität über Handel, Kapitalinvestitionen und auch Entwicklungshilfe in die Entwicklungsländer, ist schließlich konstitutiver Bestandteil jeder Entwicklungsstrategie. Yvonne Frankes

Kritik der Dependenztheorie und der Überblick über die Marx'sche Behandlung der Problematik des Kolonialismus und weniger entwickelter Regionen (Kalmring/Nowak) bieten nützliche Zusammenfassungen wichtiger Elemente der Diskussion ohne etwa die von Kumitz aufgeworfenen Problemstellungen voranzubringen.

Dies sollten nun die Beiträge des vierten Teiles leisten (Ungleichheit, Dominanz und Hegemonie im kapitalistischen Weltsystem). Eva Hartmanns Artikel zur Rolle transnationaler Wissensnetzwerke in der internationalen Entwicklungspolitik liefert dazu mehr als der Titel verspricht. Interessant ist nicht so sehr ihre Charakterisierung von vier Typen solcher Wissensnetzwerke (Epistemische Gemeinschaften; *think tanks*, *transnational advocacy networks* und *global public policy networks*) als vielmehr ihre Interpretation dieser Netzwerke im Kontext eines neogramscianischen Ansatzes. Sie verweist unter Bezug vor allem auf die Arbeiten von Robert Cox und Stephen Gill auf die Rolle dieser Netzwerke bei der Einbindung nicht-dominanter Eliten in die dominanten sozialen Kräfteverhältnisse, d.h. sie sieht diese Netzwerke als Modus der Widerspruchsbearbeitung zur Stabilisierung globaler Hegemoniestrukturen. Sie verdeutlicht dies durch eine interessante Analyse der systematischen Einbindung von Wissensnetzwerken in die Politik der Weltbank, die etwa über die Entwicklung des *Global Development Network* sowie der *Structural Adjustment Participatory Review Initiative* systematisch *think tanks* und akademische Foren aus Nicht-OECD-Ländern sowie Nichtregierungsorganisationen in ihre Politik einbezogen und damit „die organisatorische Rolle der Weltbankgruppe bei der Internationalisierung der Widerspruchsbearbeitung“ verbessert hat (288). Ob man dies nun als „Enteignung kollektiven Wissens“ bezeichnen muss, ist eine andere Frage.

Dieter Boris gibt einen guten Überblick über die Ursachen internationaler Finanzkrisen und ihrer wichtigsten Auswirkungen auf „Entwicklung“. Er verweist auf Strategien der Krisenvermeidung wie Kapitalverkehrskontrollen oder die Tobinsteuer („Devisenmarkttransaktionssteuer“). Nötig sei eine Einbettung in ein kooperatives Weltwährungssystem; die Industrieländer müssten „bereit sein, nachhaltige und dauerhafte Leistungsbilanzdefizite hinzunehmen“ (258). Hier übersieht er allerdings, dass die USA doch genau dies machen, wenn auch sicherlich nicht verbunden mit anderen kooperativen Politiken. Als Bedingungen kapitalistischer Entwicklung sieht er „...eine staats- und produktionszentrierte, nicht von Finanzmärkten dominierte Entwicklungsstrategie, bei der Umverteilungseffekte im Inneren mit selektiver kontrollierter Einbindung in den Weltmarkt verbunden sind“ (259) – also eine Strategie des „*Asian miracle*“, wobei zweifelhaft erscheint, ob selbst eine kooperative Haltung der Industrieländer eine Generalisierbarkeit dieser Strategie ermöglichen könnte. Oliver Nachtwey und Tobias ten Brink diskutieren die aktuelle Relevanz der klassischen Imperialismustheorie; nach der Zusammenfassung der bekannten Ansätze fragt man sich allerdings, was diese nun konkret für eine „avancierte Theoriebildung“ zur „Rolle von internationalen Kräfteverhältnissen und Hegemonie“ beitragen können. Hier fehlt ein wichtiger Vermittlungsschritt.

Der Schlussbeitrag von Christian Zeller möchte Wege zu einer Neufundierung einer Theorie des Imperialismus aufzeigen, wobei er drei „miteinander verwobene Felder künftiger Forschung sieht“: die Frage des Ressourcen- und Mehrwerttransfers, die Interdependenzen zwischen ökonomischer Entwicklung und der Artikulierung politischer und militärischer Macht sowie die in räumlicher und zeitlicher Hinsicht unglei-

che Entwicklung. Das ist zweifellos ein weitreichendes Programm, dem grundsätzlich zuzustimmen ist und zu dem der Artikel einige Überlegungen bietet. Zellers Beitrag leidet allerdings unter einer tendenziell verschwörungstheoretischen Perspektive: Die institutionellen Investoren des Finanzkapitals haben sich die Welt unterworfen, über verschiedene Formen „enteignender Akkumulation“ verstärken sie Gegensätze zwischen Arm und Reich. Die Konzerne stützen sich weitestgehend auf „ihre“ Nationalstaaten, wobei vor allem eine umfassende Dominanz der USA die globale Kontrolle garantiert. Eine Analyse von Mechanismen der Integration abhängiger und marginalisierter Gruppen bzw. Kapitalfraktionen, wie sie im neo-gramscianischen Ansatz von Eva Hartmann detailliert diskutiert wurde und auf deren Notwendigkeit die Dynamik globaler Konflikte der vergangenen Jahrzehnte hindeutet, sucht man vergeblich. Allerdings verschärft sich die „Disproportionalität zwischen dem Angebot des Kapitalismus und den nicht befriedigten gesellschaftlichen Bedürfnissen“ (343). Die aktuelle Phase des Kapitalismus lässt keinen Spielraum mehr für soziale Kompromisse, es gibt wenige Aussichten „für eine alternative, immer noch kapitalistische Wirtschaftsordnung“. Der politische Druck auf „wirkliche Reformen“ wird immer stärker – eine Verschwörungstheorie impliziert eine Zusammenbruchstheorie, nur dass die Frage des revolutionären Subjekts von Zeller gar nicht mehr gestellt wird.

Der vorliegende Band bringt viele interessante Beiträge zur Rolle der Peripherie im globalisierten Kapitalismus, die eine Kritik entwicklungstheoretischer Ansätze des Mainstreams z. T. explizit leisten, z. T. implizieren. Die explizite Kritik bezieht sich allerdings weitgehend auf konventionelle Ansätze der großen Theorien, was angesichts der aktuellen Kurzlebigkeit wissenschaftlicher

Ansätze verdientvoll ist, da es verhindern kann, dass das Rad immer wieder neu erfunden wird. Differenzierte Neuansätze im Rahmen dessen, was man vielleicht als kritischen Mainstream bezeichnen könnte und die in der Diskussion über Globalisierung und Entwicklung eine wichtige Rolle spielen (neue ökonomische Geographie von Krugman, globale Wertschöpfungsketten, „Cluster“ und industrielle Distrikte) bleiben allerdings leider weitgehend unberücksichtigt, die Global-City-Diskussion wird nur am Rand berücksichtigt.

Haucks Auseinandersetzung mit „Postmoderne und Post-Development“ bleibt m. E. zwar nicht viel hinzuzufügen, doch hätte man angesichts der im Vorwort entwickelten Problematik durchaus einen Originalbetrag aus dieser Ecke gewünscht, ebenso einen Artikel, der den Diskussionsfaden der Beiträge von Hauck, Kößler, Kunitz, Zdunek, Görg und Hartmann aufnimmt und nach den kurz- bis mittelfristigen Perspektiven der „Peripherie“ in einem widersprüchlichen und konfliktiven globalisierten Kapitalismus fragt. Gleichheit, Freiheit und Solidarität sind doch längst zentrale Bestandteile weltgesellschaftlicher Legitimität (vgl. die formulierte Perspektive von Zeller) – in einer Zeit, in der breite advokatorische Bewegungen die vor über 50 Jahren formulierten Menschenrechte verstärkt in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen. Welche Konflikte und politische Konsequenzen resultieren aus der Konfrontation einer solchen Legitimität mit einem „finanzdominierten Akkumulationsregime“? Hier bieten neo-gramscianische Ansätze und Arbeiten zur Überwindung des nationalgesellschaftlichen Bias der Entwicklungstheorie vielleicht doch eher weiterführende Perspektiven als die Vorstellung eines „unbegrenzten Krieges“ des Imperialismus.

Wolfgang Hein

Rheinisches JournalistInnenbüro:
„Unsere Opfer zählen nicht“ Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Recherche International e.V. Berlin & Hamburg: Assoziation A 2005, 444 S.

Dass die beiden größten Kriege des 20. Jahrhunderts Weltkriege waren, weiß wohl jedes Schulkind. Was das bedeutet, dürften sich selbst viele derer nicht klar gemacht haben, die sich professionell mit der Geschichte dieser Kriege (in Europa) befassen. Dieses Buch hält für alle diejenigen Aha-Erlebnisse bereit, die sich einer wirklich globalen Perspektive nicht verschließen: westafrikanische, in britischen Kolonien zwangsrekrutierte Soldaten an der Front in Burma im Kampf gegen die Japaner; die von den Nazis aufgestellte Indische Legion am „Atlantikwall“ und im Kampf gegen die französische *Résistance*; Maori-Truppen aus Neuseeland in der Schlacht von Monte Cassino, nach Einsätzen in Nordafrika, in Französisch-Westafrika Zwangsrekrutierte teilweise auf wechselnden Seiten auf den Kriegsschauplätzen des Mittelmeers, dann in Frankreich, aber ferngehalten vom Einmarsch der Truppen des Freien Frankreich in Paris – das sind nur einige Schlaglichter, die den globalen Charakter des Kriegsgeschehens belegen, wie es hier ausgebreitet wird. Dabei ist die Dimension noch gar nicht benannt, die überall da in den Vordergrund tritt, wo koloniale und generell außereuropäische Regionen auch zu Kriegsschauplätzen wurden, in Nordafrika und vor allem in Ost- und Südostasien sowie in Ozeanien: Hier geht es um die Folgen nicht nur der unmittelbaren Kriegshandlungen, sondern mehr noch der Besatzungsregimes, aber auch um die Konsequenzen, wenn ganze Regionen zu Aufmarschgebieten einer hochtechnologischen Militärmaschine werden.

Die sich ausdrücklich als Kollektiv verstehenden Autorinnen und Autoren haben eine wahrhaft gigantische Arbeit geleistet: buchstäblich weltumspannende Interviews hauptsächlich mit Zeitzeugen, weit ausgreifende Literaturrecherchen unter Einbeziehung grauer Literatur, Mobilisierung vielfältigster regionaler Expertise. Dabei wird nicht nur das Kriegsgeschehen im engeren Sinne, also die Ereignisse ab Juli 1937 im Fernen Osten und ab September 1939 in Europa und Nordafrika dargestellt, sondern zumindest für die eigentlichen Kriegsschauplätze werden auch ausführliche, oft bis an den Beginn der Kolonialzeit reichende Hintergrundinformationen gegeben, und die Berücksichtigung der Erfahrung des Ersten Weltkrieges ist fast selbstverständlich.

Das Buch ist im wesentlichen regional gegliedert. Nach einer Einleitung von Kum'a Ndumbe III und einer sehr knappen Exposition folgen zwei gleichfalls sehr knapp gehaltene Kapitel über die Kolonialpläne der Nazis in Afrika sowie die Rolle der in den Kolonien rekrutierten Soldaten auf beiden Seiten im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1938). Es folgen große Abschnitte über Afrika (gefolgt von exkursartigen Abrissen über Schwarze im Nationalsozialismus sowie in der US-Armee), Lateinamerika und die Karibik, den Nahen Osten, Asien und Ozeanien.

Diese regionalen Erfahrungen sind entsprechend des Kriegsverlaufs und der politischen sowie strategischen Situation der jeweiligen Region sehr unterschiedlich. So stehen in Afrika südlich der Sahara die brutalen ganz im Stil der Kolonialverwaltungen durchgeführten Zwangsrekrutierungen im Vordergrund, die beständigen Diskriminierungen, denen die Rekruten in der britischen und französischen ebenso wie der US-Armee ausgesetzt waren, die gebrochenen Versprechungen und der gelegentliche Widerstand mit dem Höhepunkt der Revolte

in Thiaroye in Senegal, als heimkehrende Soldaten nichts anderes verlangten als die ihnen zustehenden Zahlungen an Sold und Abfindung. Mit der italienischen Besetzung Äthiopiens wurde Afrika jedoch bereits 1935 Kriegsschauplatz; der äthiopische Widerstand, der vor dem Einmarsch der Briten 1942 weite Teile des Landes unter seine Kontrolle gebracht hatte, wurde – wie in vielen ähnlich gelagerten Fällen – nicht nur zur Seite geschoben, sondern auch in

der Geschichtsschreibung buchstäblich totgeschwiegen oder verdrängt. Die Erfahrungen südafrikanischer, früher als *Coloured* klassifizierter Veteranen unterstreichen, dass Diskriminierung im Krieg lebensgefährlich sein konnte, wenn sie als nicht ausgebildete Hilfskräfte, die sich nicht verteidigen konnten, in die mörderischen Schlachten etwa des Wüstenkrieges in Libyen geschickt wurden.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

Eckhardt, Stefan; Reese, Niklas (Hg.): *Verflutet noch mal! Gesellschaftliche, globale und ökologische Dimensionen des Tsunami im Indischen Ozean*. Essen: Asienstiftung 2005 (Focus Asien. Schriftenreihe des Asienhauses, 19), 75 S. ISSN 1435-0459, ISBN 3-933341-28-0

Eckl, Andreas E.: *Herrschaft, Macht und Einfluß. Koloniale Interventionen am Kavango (Nord-Namibia) von 1891 bis 1921*. Köln: Köppe 2004, 436 S. ISBN 3-89645-359-9

Fisch, Maria: *The Mbukushu in Angola (1730-2002). A History of Migration, Flight and Royal Rainmaking*. Köln: Köppe 2005, 99 S. ISBN 3-89645-350-5

Hellmann-Rajanayagam, Dagmar; Welkmann, Judith (Hg.): *Friede, Flut und Ferienziel. Umkämpfter Wiederaufbau – Sri Lanka nach dem Tsunami*. Essen: Asienstiftung 2005 (Focus Asien. Schriftenreihe des Asienhauses, 20), 76 S. ISSN 1435-0459, ISBN 3-933341-29-9

Kössler, Reinhart: *In search of survival and dignity. Two traditional communities in southern Namibia under South African rule*. Windhoek: Gamsberg Macmillan 2005, 374 S. ISBN 99916-0-598-X

Milk, Hans Martin: *„For the Power and Glory.“ Die Lebensgeschichte des Makaranga. Kavango/Namibia*. Köln: Köppe 2004, 201 S. ISBN 3-89645-451-X

Müller, Johannes; Kiefer, Matthias (Hg.): *Globalisierung der Gewalt. Weltweite Solidarität angesichts neuer Formen globaler (Un-)Sicherheit*. Stuttgart: Kohlhammer 2005, 158 S. ISBN 3-17-018674-4

Namakulu, Oswin O.: *Armed Liberation Struggle. Some Accounts of PLAN's Combat Operations*. Windhoek: Gamsberg Macmillan 2004, 188 S. ISBN 99916-0-505-3

Namibia Institute for Democracy (NID): *Actual Instances of Corruption as Reported in the Namibian Print Media 1990-2004*. Windhoek: NID 2005, 21 S.

Olowu, Dele; Mukwena, Royson (Hg.): *Governance in Southern Africa and Beyond. Experiences of Institutional and Public Policy Reform in Developing Countries*. Windhoek: Gamsberg Macmillan 2004, 349 S. ISBN 99916-0-568-1

Reinwald, Brigitte: *Reisen durch den Krieg. Erfahrungen und Lebensstrategien westafrikanischer Weltkriegsveteranen*. Berlin: Klaus Schwarz Verlag 2005 (ZMO-Studien, 18), 444 S. ISBN 3-87997-620-1

Schäfer, Rita: *Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika*. Münster: LIT 2005, 480 S. ISBN 3-8258-8676-X

Schlee, Günther (Hg.): *Ethnizität und Markt. Zur ethnischen Struktur von Viehmärkten in Westafrika*. Köln: Köppe 2004, 190 S. ISBN 3-89645-247-8

Unfried, Berthold; van der Linden, Marcel (Hg.): *Labour and New Social Movements in a Globalising World System – Arbeit, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Weltsystem*. Wien: Akademische Verlagsanstalt 2004 /ITH-Tagungsberichte, 38), 253 S. ISBN 3-931982-36-X

Vogt, Andreas: *National Monuments in Namibia*. Windhoek: Gamsberg Macmillan 2004, 252 S. ISBN 99916-0-593-2

Wissenschaftlicher Beirat von attac (Hg.): *ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“*. Hamburg: VSA-Verlag 2005, 218 S. ISBN 3-89965-139-1